NAHER OSTEN/NORDAFRIKA 13.08.2026 | Eldar Mamedov

Diplomatischer Wachwechsel

Europa ist bei den Verhandlungen mit dem Iran vom Akteur zum Zuschauer geworden. Pakistan zeigt, wie sich die Kräfteverhältnisse verschoben haben.

In Islamabads Straßen und auf Plakatwänden in der ganzen Stadt wurden Premierminister Shehbaz Sharif und Feldmarschall Syed Asim Munir, Oberbefehlshaber der pakistanischen Armee, als Friedensstifter gefeiert. Der Grund war das *Memorandum von Islamabad* – das im Juni geschlossene Waffenstillstandsabkommen zwischen den USA und Iran. Dieses Memorandum steht derzeit vor einer Zerreißprobe, bleibt aber das einzig brauchbare diplomatische Konstrukt, das die Region vor einem drohenden Flächenbrand bewahren kann.

Beim Anblick dieser Bilder fühlt man sich beinahe unwillkürlich an die Zeit vor zehn Jahren erinnert. Damals spielte die Europäische Union in der Iranpolitik eine zentrale Rolle. 2015 gelang mit dem „Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan“ (*Joint Comprehensive Plan of Action*, kurz JCPoA) eine friedliche Lösung des iranischen Nukleardossiers – das Ergebnis diplomatischer Anstrengungen, die seit den frühen 2000er Jahren unter europäischer Federführung unternommen worden waren. Der JCPoA wurde zum kraftvollen Sinnbild erfolgreicher multilateraler Diplomatie. Europa schaute nicht zu, sondern war ein maßgeblicher diplomatischer Partner.

Inzwischen hat sich das Blatt jedoch vollkommen gewendet. 2026 hat Europa praktisch jeden Einfluss auf Teheran verloren und ist bloß noch Beobachter, während Pakistan die Rolle des Vermittlers übernimmt. Dabei stellt sich nicht nur die Frage, wie und warum es dazu kam, sondern auch, was sich daraus für Europas Rolle in einem zunehmend von Regionalmächten bestimmten diplomatischen Umfeld ableiten lässt.

Das Narrativ des europäischen Versagens ist denkbar einfach. Nachdem die USA 2018 aus dem JCPoA ausgestiegen waren, schaffte es die EU unter Führung der E3 (Frankreich, Deutschland und Großbritannien) nicht, Iran die versprochenen wirtschaftlichen Vorteile zu verschaffen, die das Land dazu hätten bewegen können, sich dauerhaft an das Abkommen zu halten. Das eigens entwickelte handelspolitische

Instrument INSTEX erwies sich als funktionsunfähig. Europäische Unternehmen zogen sich aus Angst vor amerikanischen Sanktionen aus dem iranischen Markt zurück, sodass die politischen Verpflichtungserklärungen der EU leere Worte blieben. Die E3 näherten sich Schritt für Schritt dem kompromisslosen Kurs der USA an und gingen 2025 so weit, im UN-Sicherheitsrat den Snapback-Mechanismus zur Reaktivierung der Nuklearsanktionen gegen Iran auszulösen. Dadurch hat Europa sein Kapital als eigenständiger diplomatischer Akteur de facto verspielt.

In dieser Geschichte geht es aber nicht nur um Europas Versagen, sondern auch um die Entscheidungen Teherans. Irans verhängnisvoller Beschluss, Russland in seinem Krieg gegen die Ukraine zu unterstützen – und ihm Drohnen zu liefern, die nun in ukrainischen Städten Angst und Schrecken verbreiten –, war ein Schlüsselmoment. Dieser Schritt lässt sich nicht allein mit der Enttäuschung über Brüssel erklären. Irans damalige Führung einschließlich des Obersten Führers Ali Chamenei und des Außenministers Hossein Amir-Abdollahian machte sich das russische Narrativ, der Krieg sei durch die Erweiterung der NATO „provoziert“ worden, aktiv zu eigen. Die EU sah darin einen tiefgreifenden strategischen Kurswechsel Teherans, der die Beziehungen massiv untergrub.

Dass Pakistan als Vermittler auf den Plan trat, ist nicht allein auf Europas und Amerikas Bedeutungsverlust zurückzuführen.

Dass Pakistan als Vermittler auf den Plan trat, ist nicht allein auf Europas und Amerikas Bedeutungsverlust zurückzuführen, sondern auch das Ergebnis von Islamabads eigenem strategischem Kalkül. Dieses Kalkül ist eine Kombination aus diplomatischem Ehrgeiz, historischer Tradition und der Erkenntnis, dass regionale Stabilität auch innenpolitisch dringend geboten ist.

Seit Jahrzehnten ist Pakistan bestrebt, sich als ein Land zu positionieren, das Brücken zwischen Kontrahenten baut. In den frühen 1970er Jahren schuf Pakistan inoffizielle Kanäle, über die Richard Nixon und Henry Kissinger Kontakt zum kommunistischen China aufnehmen konnten – einer der folgenreichsten diplomatischen Schachzüge des 20. Jahrhunderts. Pakistans Ambition, als Brücke zwischen Rivalen zu fungieren, ist bis heute ungebrochen. Gegenwärtig gilt es zudem zu verhindern, dass ein größerer Regionalkrieg ausbricht, auf andere Länder übergreift und die Region destabilisiert. Vor diesem Hintergrund ist Vermittlung nicht nur eine Chance, sondern ein Muss.

In dieser Konstellation hat Pakistan seine über lange Zeit gewachsenen

Beziehungen sowohl zu Washington als auch zu Teheran wirksam genutzt. Die Militärapparate der USA und Pakistans sind eng miteinander verknüpft. Asim Munir hat ein solides Verhältnis zu US-Präsident Donald Trump aufgebaut.

Hinzu kommt, dass Pakistan durch eine 900 Kilometer lange gemeinsame Grenze sowie historisch, religiös und kulturell eng mit Iran verbunden ist (nicht zuletzt sind rund 20 Prozent der pakistanischen Bevölkerung schiitische Muslime). In den 1980er Jahren versuchte Pakistan bereits, im verheerenden Krieg zwischen Iran und Irak zu vermitteln. Darüber hinaus unterstützt Pakistan ausdrücklich Irans Recht auf ein Programm zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Als nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats 2025 und 2026 verurteilte Islamabad die Angriffe der USA und Israels auf Iran.

Die EU und Pakistan haben ein gemeinsames Interesse an Stabilität in der Region.

Aus Sorge vor den möglichen Folgen eines größeren Regionalkrieges hat Pakistan seine Glaubwürdigkeit bei beiden Parteien genutzt, um auf Ausstiegsstrategien zu drängen. Premierminister Sharif und Feldmarschall Munir starteten eine intensive und verschwiegene diplomatische Blitzaktion, die mit zahlreichen Reisen nach Teheran verbunden war. Dabei vermieden die pakistanischen Funktionäre bewusst jede „Megafon-Diplomatie“: Sie riefen allenfalls zu Deeskalation und Verhandlungen auf, enthielten sich aber jedes Urteils über die Positionen der beteiligten Parteien sowie öffentlicher Ermahnungen.

Zusätzlich gestärkt wurde Pakistans Ansehen dadurch, dass es etwas bieten konnte, was kein anderer Vermittler in der Golfregion – wie Katar oder Oman – hätte gewährleisten können: physische Sicherheit für die iranischen Unterhändler in einer Situation, in der Israel kein Hehl daraus machte, dass es den Gesprächen skeptisch gegenüberstand und entschlossen war, überall im Nahen Osten nach Belieben zuzuschlagen. Dieses Vorgehen ebnete den Weg für die ersten Gespräche auf höchster Ebene zwischen den USA und Iran seit 1979 und schließlich für das Memorandum von Islamabad.

Obzwar das Memorandum ins Wanken gerät, bleibt Islamabad beharrlich. Diese Beharrlichkeit steht im Einklang mit Europas eigenem Interesse daran, einen größeren Regionalkrieg vor der eigenen Haustür zu verhindern. Die Hohe Vertreterin der EU, Kaja Kallas, begrüßt zu Recht

Pakistans Rolle als Vermittler und betont die Notwendigkeit eines „dauerhaften“ Abkommens.

Die EU und Pakistan haben ein gemeinsames Interesse an Stabilität in der Region. Statt über Pakistans Bedeutungsgewinn zu lamentieren, weil er den schwindenden eigenen Einfluss vor Augen führt, sollte Europa Islamabad als möglichen Partner betrachten, der dank seiner besonderen Kontakte und seiner Glaubwürdigkeit dazu beitragen kann, gemeinsame Ziele zu erreichen. Um Pakistans eigene Stabilität zu stärken, könnte man im Rahmen der internationalen Menschenrechtsverpflichtungen der EU bei der Terrorismusbekämpfung gegen Gruppierungen wie die pakistanischen Taliban und die Belutschistan-Befreiungsarmee intensiver zusammenarbeiten.

Die Europäische Union wird nicht in jedem globalen Konflikt der entscheidende Vermittler sein. Strategisch sollte die EU auf diese Realität nicht mit Rückzug reagieren, sondern Partnerschaften mit regionalen Akteuren pflegen, die über Zugang, Vertrauen und Glaubwürdigkeit verfügen, die Europa derzeit möglicherweise fehlen. Pakistans Rolle in der Iranpolitik ist ein konkretes Beispiel für diese Entwicklung: In multipolaren Zeiten kann Europa nur etwas bewirken, wenn es in der Lage ist, neue diplomatische Gravitationszentren zu unterstützen und mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld



Eldar Mamedov

Eldar Mamedov ist außenpolitischer Experte und N*on-Resident Fellow* am *Quincy Institute*. Zuvor war er als politischer Berater der Sozialdemokraten im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments tätig.